



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Mai 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 8.1 der Tagesordnung: Stellenschaffungen 2021

Vorlage: 2021/0443

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2021/0443/1

Punkt 8.2 der Tagesordnung: Haushalt 2021 Stellen aus den Haushaltsberatungen – Aufhebung der Sperrvermerke

Vorlage: 2021/0445

Beschluss:

Punkt 8.1

1. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die in der Liste 1 enthaltenen Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt im Umfang von rund 2 Mio. Euro.
2. Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlage die priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 0,9 Mio. Euro.

Punkt 8.2

Der Gemeinderat beschließt die Sperrvermerke zu den Stellenschaffungen aus den Haushaltsberatungen 2021 im Umfang von 12,25 VZW (rund 1. Mio. Euro) aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 8.1

Liste 1, Ziffern 3, 12, 13 (zweite Verwaltungsstelle): Bei 41 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Liste 1, übrige Ziffern: Bei 47 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Liste 2, alle Ziffern außer 6 und 10: Bei 40 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Liste 2, Ziffern 6 und 10: Bei 43 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Punkt 8.2

Alle Ziffern, außer 5 und 6: Bei 40 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Ziffern 5 und 6: Bei 43 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag FDP

Ziffer 1: Bei 7 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Ziffer 2: Bei 7 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende setzt um 17:23 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss.

Zu beidem gibt es jeweils eine Ziffer eines Änderungsantrags der FDP, und es gibt den Wunsch der AfD nach einigen Einzelabstimmungen. Das würde ich dann aber später im Abstimmungsprozedere mit Ihnen noch durchsprechen. Wir haben dazu zwei Wortmeldungen.

Stadträtin Böringer (FDP): Demokratie ist nicht einfach. Es hat auch niemand gesagt, dass die Verwaltung es uns einfach machen würde. Wir haben die Vorlage angehalten, weil uns zwei Dinge aufstoßen.

1. Die Haushaltslage ist bekanntermaßen desaströs, und das war auch bereits vor den Haushaltsberatungen im Dezember bekannt.
2. Eine Priorisierung und eine Effizienzkontrolle finden nicht statt, stattdessen sollten Fakten geschaffen werden.

Wir stehen mit dieser Überzeugung nicht alleine, auch wenn nicht alle den Mut haben, dies laut zu sagen.

Zu Punkt 1, die Haushaltslage: Ich darf in dem Zusammenhang auf den BNN-Artikel vom 12. März 2021 verweisen. Es war ein Pressetermin der Ersten Bürgermeisterin. Ich zitiere: Der städtische Haushalt ist nur mit Auflagen genehmigt worden. Das Schreiben der Regierungspräsidentin kennen wir alle. Meine Damen und Herren, die Auflagen gilt es zu erfüllen. Ich zitiere weiter aus diesem Artikel: Es geht um geringere Ausgaben bei freiwilligen Leistungen oder Personal. Das bedeutet, wer heute die Personalkosten erhöht, ist schon jetzt bereit, bei den freiwilligen Leistungen zu sparen. Meine Damen und Herren, nennen Sie uns doch einmal die Einsparpotenziale, denn wir werden heute nicht der Blackbox-Finzen - der Begriff fiel eben in einem ganz anderen Zusammenhang - zustimmen, da selbst die grüne Ikone, nämlich der Ministerpräsident Winfried Kretschmann in der BNN vom 10. Mai diesen Jahres zitiert wird mit der Aussage, Finanzvorbehalt beim Klimaschutz sollte einer Mehrheit in diesem Hause zu denken geben.

Bei Punkt 2 möchte ich auf den Beschluss verweisen, der hier mit großer Mehrheit gefasst wurde. Das Klimaschutzkonzept wurde beschlossen, und zwar unter der Maßgabe, dass die Maßnahmen im Einzelnen hier im Rat besprochen und beschlossen werden. Jetzt hat eine Mehrheit in diesem Saal innerhalb der Haushaltsberatungen versucht, Fakten zu schaffen, indem Stellen beschlossen wurden. Diese Taktik ist uns aufgefallen. Ich sage noch einmal, wir tragen Verantwortung für den städtischen Haushalt. Frau Erste Bürgermeisterin, Sie haben schon seit gerau-

mer Zeit davon gesprochen, dass Corona die Situation nur befördert hat, also zu hohe Ausgaben ohne Einnahmen und so weiter.

Ich komme zum letzten Satz, und zwar bin ich der Auffassung, und das wissen wir alle, dass nicht nur das Bundesverfassungsgericht die Uhren auf fünf vor zwölf gestellt hat. In Karlsruhe stehen die Uhren auf fünf vor Haushaltsaufsicht. Bekanntlich haben wir den Haushalt abgelehnt und andere auch.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wollte nicht jemand anderes vorher, noch ein Antragsteller reden?

(Der Vorsitzende: Es ist eine Beschlussvorlage der Verwaltung, und dann wird die normale Reihenfolge gemacht.)

Grundsätzlich, liebe Kollegin Böringer, haben Sie Recht. Wir haben auch schon mehrfach darüber diskutiert, und auch im Personalausschuss geredet. Ich lasse mir aber sicherlich nicht nachsagen, dass wir nicht den Mut haben. Ich habe sehr wohl den Mut. Aber wissen Sie, was ich schlecht finde? Wenn ich mich fast in jeder Debatte zum Hero der Demokratie aufschwinge und hier die Demokratie mit Füßen trete. Es gibt klare Mehrheitsbeschlüsse, und es gibt klare Beschlüsse, die in den Haushaltsberatungen gegen Ihre und unsere Stimmen beschlossen wurden. Aber dann muss ich es doch akzeptieren und kann es nicht jedes Mal wieder rausholen.

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht beim Klimaschutzkonzept. Wir haben mehrfach den Antrag gestellt und gesagt, bitte lasst uns Prioritäten setzen, lasst damit ganz klar auch die CO₂-Bilanz. Es wurde aber abgelehnt. Also muss ich es irgendwann akzeptieren und diese Stellen dann akzeptieren und kann das nicht jedes Mal wieder neu aufrollen. Da habe ich ein anderes Verständnis von Demokratie.

Außerdem müssen Sie auch akzeptieren, dass 98 Prozent der Stellen, die wir schaffen, Pflichtaufgaben sind, die sind nicht freiwillige Leistungen. Kommen wir aber vielleicht zu dem wichtigsten Punkt. Ich denke, wir sind Seite an Seite bei Ihnen, wenn wir Haushaltsdisziplin fordern. Wir müssen jetzt auch klare Kante zeigen und müssen bei den weiteren Forderungen klar sagen, wo soll gespart werden. Das vermisste ich, das muss ich schon sagen, auch von der Verwaltung. Jetzt haben wir mittlerweile Mai. Eigentlich hieß es, ab Januar geht es los. Bis jetzt liegt nicht viel vor. Da muss schon noch etwas kommen.

Aber wir reden hier bei der Stellenschaffung von einer Sache, die letztes Jahr beschlossen wurde. Das muss man auch irgendwann akzeptieren und muss dann klar sagen, so können wir nicht anders umgehen und können nicht jedes Mal wieder alles neu aufrollen. Wir werden der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Wir haben das im Personalausschuss schon zu Genüge erörtert gehabt. Ich kann dem Herrn Hofmann auch nur zustimmen. Er hat es richtig auf den Punkt gebracht. Frau Böringer, jetzt wird dieses Thema wieder hier eingebracht. Wir haben es schon vordiskutiert gehabt. Wir haben es in den Haushaltsberatungen beschlossen gehabt. Das ist immer eine ewige Leier. Das bringt uns nicht weiter. Es ist einmal beschlossen worden. Dann sollten wir das auch so umsetzen und nicht immer wieder von vorne aufrufen. Deswegen werden wir natürlich diesen Vorlagen zustimmen. Ich kann es nicht ganz nachvollziehen, dass es hier noch einmal aufgerufen wurde von der FDP-Fraktion. Hier will man sich einfach ein biss-

chen nach außen darstellen, zeigen, wie man auf die Finanzen achtet. Jetzt wurde hier auch ganz klar noch einmal das Regierungspräsidium von Ihnen erwähnt. Das Regierungspräsidium hat dem zugestimmt im Haushalt. Da waren die Stellen schon eingeplant, weil wir es in den Haushaltsberatungen beschlossen haben. Also ist es so durchgegangen beim Regierungspräsidium. Jetzt immer zu drohen, das Regierungspräsidium macht dies, das Regierungspräsidium macht das, das bringt uns nicht weiter, sondern wir müssen uns an die klaren Fakten halten. Es wurde beschlossen. Es ist klar, dass wir in Zukunft eine andere Haushaltsdisziplin hinlegen müssen.

Aber wir dürfen nicht an den falschen Stellen sparen und nicht beim Klimaschutz. Da gab es ja auch gerade das richtige Urteil aus dem Bundesverfassungsgericht. Wir sind in Karlsruhe auf einem guten Weg. Aber der muss weiter vorangetrieben werden. Hier dürfen wir jetzt nicht aufhören und uns das Ganze wieder kaputt machen, was wir geschaffen haben.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich kann es kurz machen. Papier ist geduldig, Stellenpläne sind geduldig. Aber bezüglich der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts 2030, dem auch die FDP zugestimmt hat, haben wir keine Geduld. Wir haben im Haushalt als SPD-Fraktion klargemacht, dass wir sehr restriktiv sind. Wir haben verschiedenste Stellenschaffungen abgelehnt, aber beim Klimaschutz uns dafür eingesetzt. Ich halte die Vorgehensweise der FDP - obwohl ich die Fraktion sehr schätze - für nicht seriös. Die Verwaltung empfiehlt uns, das zu beschließen. Gerade die Verwaltung, die in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium ist. Von daher glaube ich, entbehrt die Argumentation jeder Grundlage.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass wir der Meinung sind, dass unser Antrag der weitergehende ist, weil wir nicht, wie die FDP, die Stellen verschieben wollen, sondern sie einfach ablehnen wollen, und dass wir glauben, dass unser Antrag deswegen zuerst abgestimmt werden muss. Wir haben das Ganze schon einmal gehabt vor einem Jahr. Damals waren wir die Einzigen, die die Stellenschaffung angehalten haben. Es ist schön, dass jetzt die FDP auch die Stellenschaffung anhält. Vielleicht sollten sich die anderen Parteien einmal überlegen, ob sich vielleicht was geändert hat und wie sich das vielleicht in Zukunft weiterentwickeln soll. Mehrheiten müssen akzeptiert werden. Wir haben das letztes Jahr besprochen und beschlossen. Die Argumentation der SPD, das Klimaschutzkonzept ist beschlossen, das liegt ja noch weiter zurück. Das war am Anfang der Legislaturperiode. Wir haben in der Zwischenzeit ein Riesenproblem mit unserem Haushalt.

Deswegen wundert es mich auch, Herr Hofmann und Herr Riebel, dass Sie das jetzt so sagen. Wir haben das ganz klar gesagt im Personalausschuss. Die Situation hat sich einfach dramatisch verändert. Dann müssen wir als Stadträte reagieren. Wir können nicht als Gemeinderat sagen, wir sparen irgendwann, wie es der Herr Riebel gerade gesagt hat. In Zukunft werden wir sparen, aber nicht beim Klimaschutz, hat er gerade gesagt. Wenn wir als Gemeinderat nicht in der Lage sind, zu reagieren, wenn wir nur Augen zu und durch können und bei dem bleiben, was wir vor zwei Jahren beschlossen haben, dann haben die Bürger den falschen Gemeinderat gewählt. Die brauchen einen Gemeinderat, der reagiert. Denn wir wollen nicht in die Situation kommen, dass wir nachher nicht mehr handlungsfähig sind.

Das Regierungspräsidium hat uns ganz klar die gelbe Karte gezeigt, wir müssen sparen. Wir dürfen jetzt nicht so tun, als wenn das eine Blanko-Erklärung gewesen wäre, dass wir einfach so weitermachen dürfen. Die finanzielle Situation hat sich deutlich verschlechtert seither. Deswe-

gen müssen wir reagieren. Wenn die Stadtverwaltung keine Prioritäten verteilt für die Stellen, dann müssen wir es eben tun. Deswegen haben wir, auch um die Abstimmung hier zu beschleunigen, die Stellen herausgesucht, denen wir nicht zustimmen können. Beispielsweise die Stelle Nummer 3. Da steht, dass sie fortgeführt werden soll, sofern die Fortführung dieser freiwilligen Aufgabe politisch gewünscht ist, also mit anderen Worten eine Stelle, die eingespart werden kann. An der Stelle sagen wir, wir müssen sie jetzt einsparen, und das gilt für die anderen Stellen genauso. Wir haben die Stellen herausgesucht, die wir für entbehrlich halten. Wir wollen sogar beim Klärwerk eine Stelle streichen, obwohl das gebührenfinanziert ist, einfach um zu zeigen, dass wir auch die Gebühren nicht immer weiter erhöhen dürfen. Meine Zeit ist um, wir werden dementsprechend abstimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Wir haben ein Problem. Wir müssten ein komplettes Maßnahmenpaket komplett aufmachen, neu beraten, neu verhandeln, wenn wir diese Stellen jetzt nicht beschließen. Gerade speziell beim Klimaschutz, muss ich einfach sagen, haben wir das Problem, dass jede Stelle, die jetzt nicht sofort aktiv wird, im Prinzip Folgekosten für uns und für die gesamte Gesellschaft, für ganz Karlsruhe hat. Alles, was wir jetzt nicht in die Wege leiten, alles, was wir jetzt nicht aktiv angehen, wird uns mit Folgekosten auf die Füße fallen, nicht nur mit Folgekosten, sondern einfach mit schlechteren Lebensbedingungen und schlechteren Arbeitsbedingungen in Karlsruhe. Das muss man einfach so zur Kenntnis nehmen. Alles, was wir jetzt nicht tun im Zusammenhang mit unserem Klimaschutzpaket, das wir hier wirklich mehrheitlich beschlossen haben, führt dazu, dass es zu sehr unangenehmen Verhältnissen in Karlsruhe kommen kann. Ich glaube nicht, dass das weder dem Einzelhandel noch anderen Arbeitgebern richtig gut gefällt, wenn es den Menschen in der Stadt schlecht geht, zumindest in den heißen Klimasonnern, bei den Starkregengüssen und, und, und.

Von daher, in meinen Augen sind diese Stellen unverzichtbar. Die sollten so schnell als möglich besetzt sein, damit sie arbeiten können. Alles andere funktioniert sonst über kurz oder lang nicht mehr. Für uns ist klar, wir stimmen der Vorlage der Verwaltung zu, weil wir die Stellen alle für berechtigt und für sinnvoll halten. Ich kann nur an alle hier im Raum noch einmal appellieren. Wir müssen auf Landesebene und auf Bundesebene dafür Sorge tragen - wir mit unseren Parteien -, dass die Kommunen besser ausgestattet werden. Gerade jetzt diese Situation zeigt, wie wichtig es ist. Hier in der Kommune leben die Menschen. Hier ist das Geld notwendig, das diese Gesellschaft auch mitorganisiert, mitträgt. Jeder von uns hat die Aufgabe, in seiner Partei dafür zu sorgen, dass auf Landes- und Bundesebene Kommunen eine bessere Ausstattung erfahren. Das ist mein Appell wirklich an alle und den meine ich sehr, sehr ernst.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich glaube, unsere Fraktion ist nicht gerade bekannt als sehr verschwenderisch, sondern wir sind eher bei vielen Dingen vielleicht sogar ein bisschen knauserig. Das Geheimnis ist, dass man in richtigen Zeiten in richtige Dinge investiert. Ich darf erinnern, dass wir am Anfang der Umsetzung des Klimapakets sind. Wir sind erst am Anfang und wenn wir den Anfang nicht machen, dann wird man auch alles Weitere nicht aufsetzen können. Deswegen können wir an der Stelle, glaube ich, überhaupt nicht kürzen. Wir investieren jetzt in etwas, das wir weiter aufbauen müssen im Laufe der Zeit. Deswegen wäre es völlig falsch. Wir sind bereit, an dieser Stelle deswegen auch zu investieren.

Stadtrat Hock (FDP): Ich möchte es jetzt nicht verlängern, aber eines muss ich schon noch festhalten, liebe Kollegen der CDU und von den GRÜNEN. Uns vorzuhalten, dass wir jetzt nicht die Demokratie walten lassen, wie der Kollege Hofmann gesagt hat, das ist absurd. Wenn ich sehe,

wie die CDU oder die GRÜNEN um Dinge kämpfen, jedes halbe Jahr wieder einen Antrag auf die Tagesordnung bringen, weil es ihnen nicht gepasst hat, wie die Abstimmung ist. Bei der CDU kann ich verstehen, dass sich die Ausgangssituation durch die Landtagswahl für die Kommunen und auch die CDU-Fraktion hier im Hause komplett verändert hat. Das kann ich absolut nachvollziehen. Aber bitte gestatten Sie uns, dass wir das, was wir für falsch halten, auch für falsch hier im Gemeinderat nennen. Wir bleiben bei unserer Haltung, und wir machen nichts anderes. Also, von daher gesehen war der Vortrag eigentlich völlig daneben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass mit einer geschaffenen Stelle für den Klimaschutz noch nichts erreicht wurde, so wie es eben von den LINKEN dargestellt wurde. Das Kernkraftwerk Neckarwestheim fährt zur letzten Jahresrevision an. Dieses Kernkraftwerk spart so viel CO₂ ein, wie die Stadt Karlsruhe im ganzen Jahr ausstößt. Wenn Sie wirklich etwas für den Klimaschutz tun wollen, dann reden Sie mit der Landesregierung, dass sie sich dafür einsetzt, dass dieses Kernkraftwerk länger läuft. So lange Sie sich nicht für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke einsetzen, sind alle Argumente, die Sie hier für den Klimaschutz bringen, nichts als Makulatur.

(Zurufe; Unruhe)

Der Vorsitzende: Jetzt hören Sie mir mal zu, weil es jetzt ein bisschen komplizierter wird. Herr Stadtrat Dr. Schmidt, Sie haben keinen Antrag gestellt, sondern um Einzelabstimmung gebeten. Das heißt am Ende, die Entscheidung wird nach einzelnen Gruppen aufgeteilt. Insofern ist Ihr Antrag kein weitergehender Antrag, sondern ein Vorschlag zum Abstimmungsprozedere. Insofern ist das andere, der weiterführende, weil es der einzige Antrag ist. So werden wir jetzt in die einzelnen Bereiche hineingehen. Sie beantragen im Grunde, dass wir den Stellen nicht zustimmen. Aber das ist genau die Entscheidung, die durch die Beschlussvorlage der Verwaltung ausgelöst wird und die wir jetzt in Gruppen aufteilen.

Ich rufe die Beschlussvorlage 8.1 auf. Die Ziffer 1 des Änderungsantrags der FDP bezieht sich auf die laufenden Nummern 1 bis 10 der Liste 2. Die sollen zunächst um ein Jahr verschoben werden. Diese Ziffer 1 des FDP-Antrags stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr entsprechendes Votum. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommen wir zur unveränderten Beschlussvorlage der Verwaltung. Da hat die Fraktion der AfD für einzelne Positionen Einzelabstimmung gewünscht. Wir haben uns aber darauf verständigt, dass wir das in Gruppen zusammenfassen können. Deswegen rufe ich jetzt nur die Liste 1 auf. Da stelle ich jetzt zur Abstimmung die Nummer 3, die Nummer 12 und die Nummer 13. Es geht um drei Stellen, die Nummer 3, die Nummer 12 und die Nummer und da bitte ich um Ihr Votum.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Bei der Nummer 13 geht es lediglich um die zweite Stelle, die Verwaltungsstelle E09A. Das ist die einzige Stelle, die wir bei 13 streichen oder nicht zustimmen wollen. So, wie Sie es aufgerufen haben, hätten wir praktisch alle Stellen erwähnen wollen. Wir wollen nur eine einzelne Stelle von dem Punkt 13, nur die zweite Verwaltungsstelle, weil wir der Meinung sind, dass wir auf die verzichten können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, das habe ich nicht im Einzelnen nachgeguckt, insofern, danke für den Hinweis. Ich rufe auf die Nummer 3, die Nummer 12 und nur die eine Verwaltungsstelle aus der Nummer 13. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt rufe ich alle übrigen Stellen der Liste 1 auf und stelle die jetzt zur Abstimmung. Das sind alle außer der Nummer 3, außer der Nummer 12 und der einen Verwaltungsstelle der Nummer 13. Darüber bräuchte ich Ihr Votum. - Das ist eine einstimmige Zustimmung.

Wir kommen zur Liste 2, da stelle ich jetzt alle Stellen zur Abstimmung, außer der Stelle Nummer 6 und der Stelle Nummer 10. Also die komplette Liste 2 außer der Ziffer 6 und der Ziffer 10. Ich bitte um Ihr Votum.

Stadtrat Hock (FDP): Herr Oberbürgermeister, könnten Sie jetzt noch einmal bitte genau sagen, um was es jetzt geht? Hier ist es nicht ganz klar. Nicht, dass es jetzt falsch läuft.

Der Vorsitzende: Ich stelle auf Wunsch der AfD-Fraktion - andere Vorschläge zur Einzelabstimmung habe ich bisher nicht - die ganze Liste 2 zur Abstimmung, außer der Ziffer 6 und der Ziffer 10. Sie haben mir eine Liste geschickt, wo Sie von elf Stellen neun ablehnen, nämlich die Ziffer 6 und die Ziffer 10 nicht. Deswegen stelle ich jetzt alle zur Abstimmung, die Sie voraussichtlich ablehnen. Die können wir en bloc diskutieren, nachdem es keinen weiteren Wunsch nach Einzelabstimmung gibt.

Also, noch einmal, die Liste 2, alle dort verankerten Stellen, außer der Nummer 6 und der Nummer 10, das wären dann die Stellen 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 11. Das stellen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt kommen von der Liste 2 die Ziffer 6 und die Ziffer 10 zur Abstimmung. Ich bitte da um Ihr Votum. Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt kommen wir zur Vorlage 8.2. Da gibt es die Ziffer 2 des FDP-Antrags, dass die ganzen Sperrvermerke um ein Jahr verlängert werden. Da bitte ich jetzt zunächst um Ihre Zustimmung oder eben Ablehnung. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt die unveränderte Verwaltungsvorlage zum Thema 8.2. Auch da gibt es wieder zwei Blöcke. Ich stelle jetzt alle Stellen zur Abstimmung außer den Ziffern 5 und 6. Das wären dann die Ziffern 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt kommt die Ziffer 5 und 6. Auch die stelle ich jetzt zur Abstimmung. - Auch das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Ich darf noch einmal an Rückmeldung geben, weil das gefragt worden ist, sorry, dass ich das vor der Abstimmung nicht gemacht habe. Bei den Stellen Nummer 9 und 10 ist die Eingruppierung nach E10/E11 richtig, wie es in der Spalte 3 steht. Die Spalte 7 E11/E12 ist falsch. Das war noch mal eine Detailnachfrage, die Sie gestellt hatten.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Juni 2021